

**Evangelische Volkspartei der Schweiz**

Generalsekretariat

Josefstrasse 32

8021 Zürich

Tel. 044 272 71 00

Fax 044 272 14 37

info@evppev.ch

www.evppev.ch

SECO  
Rechtsdienst  
Effingerstrasse 1  
3003 Bern

28. Januar 2009

**Pa. Iv. 04.430n Regulierung der Bücherpreise  
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die EVP Schweiz bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme zur obigen Vorlage und macht davon gerne wie folgt Gebrauch.

**1. Grundsätzlicher Standpunkt**

Der Bund soll die Vielfalt und Qualität des Kulturgutes Buch fördern. Als Kleinstaat mit ungleich grösseren, gleichsprachlichen Nachbarn ist die Schweiz äusserst verletzlich, was ihre Medien- und Kulturvielfalt angeht. Sie hat deshalb ein Interesse daran, ihre Kultur und in diesem Fall das Buch zu fördern. Die gesetzlich festgelegte Buchpreisbindung ist dazu einigermassen geeignet und wird deshalb von der EVP befürwortet.

Zum System der Buchpreisbindung ist kritisch anzumerken, dass damit zwar alle Buchhandlungen zum gleichen Preis verkaufen müssen, aber schon immer zu unterschiedlichen Konditionen einkaufen konnten! Die Buchpreisbindung ist damit nur vordergründig fair und begünstigt tendenziell die Gewinne der grossen Buchhandlungskonzerne, was nicht der Förderabsicht entspricht. Zweitens lässt sich kulturpolitisch nur die Förderung der Büchervielfalt begründen, nicht aber jene der Buchhandlungsvielfalt: der Strukturwandel weg von kleinen Tante-Emma-Läden zu grösseren Supermärkten hat seit den 50er Jahren nacheinander u.a. die Lebensmittelgeschäfte, Eisenwarenhandlungen, Drogerien oder Radio- und TV-Elektriker erfasst und wird auch vor den Buchhandlungen nicht halt machen.

**2. Wichtige Eckpfeiler des Vorentwurfs**

- a. Zum Geltungsbereich (Art. 2 und 3): Umstritten ist vor allem die Frage, ob die Buchpreisbindung auch für den „grenzüberschreitenden elektronischen Handel“ sprich Amazon gelten soll. Die EVP Schweiz befürwortet eine Ausklammerung des

Internethandels. Andernfalls können ausländische Internethändler die höhere Zahlungsbereitschaft der Schweizer Kundinnen und Kunden abschöpfen. Zudem entsteht so ein gewisser und wünschenswerter Druck auf die administrierten Preise in der Schweiz. Auf Art. 2 Abs. 2 kann ersatzlos verzichtet werden: es sind alle Bücher gleich zu behandeln.

- b. Zur Verhinderung missbräuchlicher Preise (Art. 4): Die vorgeschlagene Regelung wird von der EVP befürwortet. Insbesondere soll der Preisüberwacher wie vorgeschlagen die Missbrauchsaufsicht über die Buchpreise innehaben. In Art. 5 stehen zwei Minderheitsanträge zur Debatte: während sich die EVP mit einer gewissen Flexibilität des Buchpreises (5% nach unten und nach oben) einverstanden erklären kann, lehnt sie die Möglichkeit ab, den Endverkaufspreis auch in einer der aufgeführten Fremdwährungen zu bezahlen: so berücksichtig z.B. der aufgedruckte Europreis auf einem Taschenbuch weder Transport- und Zollkosten noch die Kosten für den Zwischenhandel.
- c. Zu den Ausnahmen (Art. 6): Die vorgeschlagenen Regelungen werden von der EVP befürwortet mit Ausnahme von Art. 6, Abs. 1a, der zu kompliziert ist und stattdessen lauten soll: **„Beim Verkauf von Büchern an öffentliche Bibliotheken können die Geschäftspartner und Geschäftspartnerinnen die Preisnachlässe frei aushandeln.“**
- d. Zur Dauer der Buchpreisbindung (Art. 7): Keine Anmerkungen. Der Minderheitsantrag ist abzulehnen. Jeder Titel soll einmal zum regulären Preis durchs Weihnachtsgeschäft.
- e. Zum Diskriminierungsverbot (Art. 8): Art. 8 soll lauten: „Verlegerinnen und Verleger, Importeurinnen und Importeure sowie Zwischenbuchhändlerinnen und Zwischenbuchhändler **müssen** branchenfremde Händlerinnen und Händler **zu den selben Konditionen beliefern wie den Buchhandel.**“
- f. Zum vorgesehenen Sanktionensystem (Art. 9 bis Art. 13): Keine Anmerkungen

### 3. Weitere Bemerkungen

Auf die in Art. 13a angeregte periodische Überprüfung des Gesetzes durch den Bundesrat ist zu verzichten. Eine solche Regelung entspricht nicht dem üblichen Gesetzgebungsprozess. Eine Überprüfung oder Abschaffung kann jederzeit auf dem regulären Weg von einem Mitglied des Parlamentes oder des Bundesrates angeregt oder eingefordert werden. Dazu bedarf es keiner teuren Übung der Verwaltung.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit.

Freundliche Grüsse

**EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)**



Parteipräsident

Heiner Studer



Generalsekretär

Joel Blunier